

**STEUERREGLEMENT  
DER EINWOHNERGEMEINDE NEUENDORF**

vom

22. Januar 2001

Verteiler:

- Gemeindeverwaltung
- Gemeinderat

Stand: 22. Januar 2001

<u>INHALTSVERZEICHNIS:</u>	<u>SEITE:</u>
<u>I. STEUERHOHEIT</u>	
§ 1 1. Grundsatz	3
<u>II. STEUERPFLICHT</u>	
§ 2 1. Natürliche und juristische Personen	3
§ 3 2. Bürgergemeinde Neuendorf	3
<u>III. STEUERFUSS</u>	
§ 4 1. Im Allgemeinen	3 / 4
§ 5 2. Personalsteuer	4
<u>IV. STEUERVERFAHREN</u>	
§ 6 1. Steuerberechnung	4
§ 7 2. Einsprache und Rekurs	4
§ 8 3. Verwirkung	5
§ 9 4. Gemeindesteuerregister	5
§ 10 5. Vertretung der Gemeinde im Steuerverfahren	5
<u>V. STEUERBEZUG</u>	
§ 11 Fälligkeit und Verfall	6
§ 12 1. Provisorischer und definitiver Bezug	6
§ 13 2. Zahlung und Zinspflicht	6
§ 14 3. Rückerstattung und Rückerstattungszins	7
§ 15 4. Sicherstellung	7
§ 16 5. Zahlungserleichterungen	7
§ 17 6. Steuererlass	8
<u>VI. SCHLUSSBESTIMMUNGEN</u>	
§ 18 Inkrafttreten	8
Genehmigungsvermerke	8 / 9

Die Gemeindeversammlung gestützt auf Paragraph 257 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern vom 1. Dezember 1985

beschliesst:

## I. STEUERHOHEIT

### § 1

Die Einwohnergemeinde Neuendorf erhebt auf der Grundlage des Steuergesetzes vom 1. Dezember 1985 (StG) eine Einkommens- und eine Vermögenssteuer von den natürlichen Personen sowie eine Gewinn- und eine Kapitalsteuer von den juristischen Personen, ferner eine Personalsteuer von den natürlichen Personen.

## II. STEUERPFLICHT

### § 2

#### 1. Natürliche und juristische Personen

Der Einwohnergemeinde Neuendorf gegenüber sind die natürlichen und juristischen Personen steuerpflichtig, für welche eine steuerliche Zugehörigkeit im Sinne von 8 - 10 und 85 sowie § 250 des Steuergesetzes zu der Gemeinde besteht.

### § 3

#### 2. Bürgergemeinde Neuendorf

Die Bürgergemeinde Neuendorf ist von der Steuerpflicht befreit.

## III. STEUERFUSS

### § 4

#### 1. Im Allgemeinen

<sup>1</sup>Die Gemeindesteuer wird in Prozenten der ganzen Staatssteuer erhoben (Steuerfuss).

<sup>2</sup>Die Gemeindeversammlung beschliesst alljährlich bei der Festsetzung des Voranschlages den Steuerfuss für das folgende Jahr.

<sup>3</sup>Für die natürlichen und für die juristischen Personen kann ein unterschiedlicher Steuerfuss festgelegt werden; der Steuerfuss für juristische Personen darf vom Steuerfuss für natürliche Personen um nicht mehr als drei Zehntel der ganzen Staatssteuer abweichen.

<sup>4</sup>Der Steuerfuss für Holding-, Domicil- und Verwaltungsgesellschaften (§ 99 und § 100 StG) wird auf 100 % des Steuersatzes für juristische Personen festgesetzt.

## § 5

### 2. Personalsteuer

<sup>1</sup>Jede selbständig steuerpflichtige natürliche Person, die zu Beginn des Steuerjahres oder der Steuerpflicht in der Gemeinde aufgrund persönlicher Zugehörigkeit steuerpflichtig ist, entrichtet eine Personalsteuer von 20 Franken.

<sup>2</sup>Die Personalsteuer ist im vollen Betrag geschuldet, auch wenn die Steuerpflicht nur während eines Teils der Steuerperiode besteht.

## IV. STEUERVERFAHREN

## § 6

### 1. Steuerberechnung

<sup>1</sup>Die Gemeindeverwaltung berechnet die Steuerbeträge nach diesem Reglement, ebenso allfällige Nachsteuern und Steuerbussen.

<sup>2</sup>Sie stellt den Steuerpflichtigen die Steuerrechnung zu; diese enthält den Staatssteuerbetrag, den Gemeindesteuerfuss, den Gemeindesteuerbetrag, die Personalsteuer, die Zahlungsfrist und eine Rechtsmittelbelehrung.

## § 7

### 2. Einsprache und Rekurs

<sup>1</sup>Gegen die Steuerberechnung kann der Steuerpflichtige bei der Gemeindeverwaltung innert 30 Tagen schriftlich Einsprache erheben.

<sup>2</sup>Die Einsprache kann sich nur gegen die Berechnung des Steuerbetrages richten, nicht aber gegen die Einschätzung als solche.

<sup>3</sup>Die Gemeindeverwaltung entscheidet über die Einsprache; der Entscheid wird kurz begründet und dem Steuerpflichtigen unter Angabe des Rechtsmittels schriftlich eröffnet.

<sup>4</sup>Gegen den Einsprache-Entscheid kann der Steuerpflichtige beim kantonalen Steuergericht innert 30 Tagen schriftlich Rekurs erheben. Der Rekurs muss einen Antrag und eine Begründung enthalten.

## § 8

## 3. Verwirkung

Das Recht, eine Gemeindesteuer zu berechnen, erlischt 5 Jahre nach Rechtskraft der Staatssteuerveranlagung, frühestens aber 5 Jahre nach Ablauf des Steuerjahres ( 254 StG).

## § 9

## 4. Gemeindesteuerregister

<sup>1</sup>Das Gemeindesteuerregister wird von der Gemeindeverwaltung erstellt; es enthält nur die Endzahlen des steuerbaren Einkommens und Vermögens, die Sozialabzüge und die Steuerbeträge.

<sup>2</sup>Auszüge aus dem Gemeindesteuerregister können dem Steuerpflichtigen sowie in seinem schriftlichen Einverständnis Dritten gegen Gebühr ausgestellt werden; für die Dauer der ungetrennten Ehe kann jeder Ehegatte ohne Zustimmung des andern einen Auszug verlangen; die Gebühr beträgt 20 Franken pro Pflichtigen und Steuerperiode. Registerauszüge stellt die Gemeindeverwaltung aus.

## § 10

## 5. Vertretung der Gemeinde im Steuerverfahren

<sup>1</sup>Die Gemeindeverwaltung vertritt die Gemeinde in Steuersachen; insbesondere ist sie befugt,

- a) Im Veranlagungsverfahren Einsicht in die Akten zu nehmen (121 Abs. 4 und 123 StG);
- b) Einsprache und Rekurs gegen Verfügungen der Veranlagungsbehörden (149 Abs. 1, 155 Abs. 3, 160 Abs. 1 StG) sowie gegen Entscheide der kantonalen Steuerverwaltung ( 251 Abs. 1 und 3 StG) zu erheben;
- c) Ansprüche auf Bestimmung des Veranlagungsortes und auf Steuerausscheidung geltend zu machen (146, 251 Abs. 2 StG);
- d) Auszüge aus dem Gemeindesteuerregister auszustellen (256 Abs. 2 und 131 StG);
- e) Veranlagungsmittelungen entgegenzunehmen (148 Abs. 3 StG)
- f) Sicherstellung von Steuern zu verlangen (255 Abs. 2 StG);
- g) zum Erlass von Steuern im Veranlagungsverfahren Stellung zu nehmen (§ 182 Abs. 3 StG);
- h) Ueber die Rückerstattung zuviel bezahlter, nicht geschuldeter Steuern und Bussen zu entscheiden (183 StG);
- i) Beschwerde gegen die Berechnung des Kostenanteils der Einwohnergemeinde durch die kantonale Steuerverwaltung zu führen (187 Abs. 4 StG).

<sup>2</sup>Stellungnahmen zu Steuererleichterungen nach 6 Abs. 2 des Steuergesetzes gibt der Gemeinderat ab.

## V. STEUERBEZUG

### § 11

#### I. Fälligkeit

<sup>1</sup>Die Gemeindesteuern werden in der Steuerperiode, je zu einem Drittel am 1. März, 1. August und 1. November<sup>1</sup>fällig (Vorbezug). Grundlage dafür ist die letzte Veranlagung oder die Steuererklärung oder der mutmasslich geschuldete Betrag; wird ein mutmasslich geschuldeter Betrag festgesetzt, so ist die steuerpflichtige Person vorher anzuhören.

<sup>2</sup>Entsteht die Steuerpflicht erst in der Steuerperiode, so wird von der Bezugsbehörde ein besonderer Fälligkeits-termin festgesetzt.

<sup>3</sup>Die Steuer gemäss Schlussrechnung wird mit deren Zustellung fällig.

### § 12

#### II. Steuerbezug

##### 1. Provisorischer und definitiver Bezug

<sup>1</sup>Die Gemeindesteuern werden von der Gemeindeverwaltung bezogen.

<sup>2</sup>Nach Vornahme der Veranlagung wird die Schlussrechnung zugestellt. Provisorisch bezogene Steuern werden an die gemäss definitiver Veranlagung geschuldeten Steuern angerechnet.

<sup>3</sup>Provisorisch bezogene Steuerbeträge, die für beide Ehegatten geleistet wurden, werden nach ihrer Scheidung, rechtlichen oder tatsächlichen Trennung an die Steuern angerechnet, die jeder Ehegatte gemäss definitiver Veranlagung schuldet.

<sup>4</sup>Zu wenig bezahlte Beträge werden nachgefordert, zuviel bezahlte Beträge zurückerstattet.

### § 13

#### 2. Zahlung und Zinspflicht

<sup>1</sup>Die Gemeindesteuer ist innert 30 Tagen seit der Fälligkeit zu entrichten.

<sup>2</sup>Wird der Steuerbetrag nicht fristgerecht bezahlt, so ist er vom Ablauf der Zahlungsfrist an zu den vom Regierungsrat für die Staatssteuer festgelegten Bedingungen verzinslich.

<sup>3</sup>Ist bei Eintritt der Fälligkeit aus Gründen, die der Zahlungspflichtige nicht zu vertreten hat, eine Steuerrechnung noch nicht zugestellt, so beginnt die Zinspflicht 30 Tage nach deren Zustellung.

<sup>4</sup>Wird der Steuerbetrag auf Mahnung hin nicht bezahlt, so ist die Betreibung einzuleiten.

## § 14

## 3. Rückerstattung und Rückerstattungszins

<sup>1</sup>Zuviel bezahlte, nicht geschuldete aber in Rechnung gestellte Steuern und Bussen werden von Amtes wegen zurückerstattet. Zurückzuerstattende Beträge werden zu den vom Regierungsrat für die Staatssteuern festgelegten Bedingungen verzinst. Rechtskräftig festgesetzte Beträge gelten als geschuldet.

<sup>2</sup>Werden Steuern an Ehegatten zurückerstattet, die in tatsächlich und rechtlich ungetrennter Ehe leben, kann die Zahlung an jeden der beiden Ehegatten erfolgen.

<sup>3</sup>Sind Steuerbeträge, die für beide Ehegatten geleistet wurden, nach ihrer Scheidung, rechtlichen oder tatsächlichen Trennung zurückzuerstatten, erfolgt die Rückerstattung je zur Hälfte an jeden der beiden Ehegatten. Vorbehalten bleiben anders lautende Vereinbarungen der Ehegatten, welche diese der zuständigen Bezugsbehörde bekanntgegeben haben.

## § 15

## 4. Sicherstellung

<sup>1</sup>Aus den in Paragraph 184 des Steuergesetzes genannten Gründen kann die Gemeindeverwaltung jederzeit Sicherstellung verlangen.

<sup>2</sup>Gegen die Sicherstellungsverfügung kann der Zahlungspflichtige innert 30 Tagen Beschwerde beim Regierungsrat erheben. Die Beschwerde hemmt die Vollstreckung der Sicherstellungsverfügung nicht.

<sup>3</sup>Die Sicherstellungsverfügung gilt als Arrestbefehl nach Artikel 274 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1). Der Arrest wird durch das zuständige Betreibungsamt vollzogen.

<sup>4</sup>Die Einsprache gegen den Arrestbefehl nach Artikel 278 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1) ist nicht zulässig.

## § 16

## 5. Zahlungserleichterungen

<sup>1</sup>Ist die Zahlung der Steuer, eines Zinses oder einer Busse innert der vorgeschriebenen Frist für den Zahlungspflichtigen mit einer erheblichen Härte verbunden, so kann die Gemeindeverwaltung Zahlungserleichterungen gewähren. § 181 des Steuergesetzes ist anwendbar.

<sup>2</sup>Die steuerpflichtige Person kann gegen den Entscheid innert 10 Tagen Beschwerde beim Gemeinderat erheben. Gegen den Beschwerdeentscheid kann er innert 10 Tagen Beschwerde beim Regierungsrat erheben (§ 199 ff des Gemeindegesetzes).

## § 17

## 6. Steuererlass

<sup>1</sup>Ist die steuerpflichtige Person durch besondere Verhältnisse wie Naturereignisse, Todesfall, Unglück, Krankheit, Arbeitslosigkeit, geschäftliche Rückschläge und dergleichen in ihrer Zahlungsfähigkeit stark beeinträchtigt oder befindet sie sich sonst in einer Lage, in der die Bezahlung der Steuer, eines Zinses oder einer Busse zur grossen Härte würde, kann der Gemeinderat auf Antrag der Gemeindeverwaltung die geschuldeten Beträge ganz oder teilweise erlassen. Das Erlassgesuch ist mit schriftlicher Begründung und mit den nötigen Beweismitteln der Gemeindeverwaltung einzureichen.

<sup>2</sup>Die steuerpflichtige Person kann gegen den Entscheid innert 10 Tagen Rekurs beim kantonalen Steuergericht erheben.

<sup>3</sup>Während des Steuererlassverfahrens werden keine Bezugsbehandlungen vorgenommen.

<sup>4</sup>Auf Erlassgesuche, die nach Zustellung des Zahlungsbefehls eingereicht werden, wird nicht eingetreten.

<sup>5</sup>Die Bestimmungen der Steuerverordnung Nr. 11 über Zahlungserleichterungen, Erlass und Abschreibungen gelten sinngemäss.

**VI. SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

## § 18

## Inkrafttreten

<sup>1</sup>Dieses Reglement tritt nach Genehmigung durch das Finanz-Departement am 1. Januar 2001 in Kraft.

<sup>2</sup>Auf diesen Zeitpunkt sind alle ihm widersprechenden Bestimmungen über die Gemeindesteuern aufgehoben, insbesondere das Steuerreglement vom 23. Juni 1986.

- - - - -

Beschlossen von der Gemeindeversammlung am 22. Januar 2001

**FÜR DIE EINWOHNERGEMEINDE NEUENDORF**

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeschreiber:

P. Stöckli

Dollinger

Genehmigt vom Finanz-Departement des Kantons Solothurn am 6. März 2001.